

Was hat die Stadt am Dalles vor?

Wieder einmal standen in der Stadtverordnetenversammlung wichtige Entscheidungen zur Abstimmung. Entscheidungen, die für die gesamte Stadt von Bedeutung sind – und die von den Steuergeldern der Einwohnern bezahlt werden müssen. Wieder einmal wurden diese Entscheidungen, nach Ausschluss der Öffentlichkeit, hinter verschlossenen Türen gefällt. Was bisher offiziell bekannt wurde: Das städtische Grundstück Parkstraße 35-41 soll an den Eigentümer der darauf stehenden Mietshäuser verkauft werden. Im Gegenzug erwirbt die Stadt vom gleichen Eigentümer den Pavillon am Mörfelder Rathaus, in dem sich das Dalles-Café, Aki's Pilsstube und der Handy-Laden befinden. Der Pavillon steht auf städtischem Gelände. Dort möchte die Stadt dann ein mehrstöckiges Wohnhaus errichten.

Ein schlechter Kuhhandel

Wir wollen mehr bezahlbaren Wohnraum in städtischem Eigentum. Auch Kolleg*innen von Grünen und SPD wollen das. Die hier geplante Vereinbarung bedeutet aber genau das Gegenteil: Das ist ein Kuhhandel und ein schlechtes

Geschäft für die Stadt – und damit für uns alle. Die meisten Fragen blieben unbeantwortet: Die Frage nach dem tatsächlichen Marktwert der Wohngebäude auf dem Grundstück Parkstraße 35-41. Die Frage nach der Ermittlung des in der Vorlage genannten Kaufpreises der Anbauten am Rathaus mit dem Dalles-Café. Diesen Preis halten wir für deutlich überhöht. Über die vom Gesetz vorgesehene Möglichkeit der Auflösung der Erbbauverträge aus Gründen der Unwirtschaftlichkeit ist in den Verhandlungen offensichtlich nicht gesprochen worden. Man hat den Geschäftsvorschlag des Eigentümers kritiklos akzeptiert, ohne einen Gegenvorschlag zu machen. In der fehlenden Prüfung dieser Alternative sehen wir ein schweres Versäumnis des Magistrats – zum Schaden unserer Stadt und ihrer Einwohner*innen. Die Öffentlichkeit wurde in beiden Angelegenheiten überhaupt nicht informiert. Selbst die Stadtverordnetenversammlung wurde in nichtöffentlichen Beratungen schlecht und auch auf Nachfragen

(Fortsetzung auf Seite 2)



Der Dalles ist das Herz von Mörfelden und prägt das Stadtbild. Der gesamte Platz ist ein beliebter Treffpunkt. Dieser Charakter sollte unbedingt erhalten bleiben.

Salami-Taktik, oder: Sie geben nicht auf

Die Schnapsidee, im Seegewann Mörfelden eine Wohnsiedlung zu bauen, wurde recht schnell aufgegeben, weil es massiven Protest aus der Bevölkerung gab. Die SPD – damals führende Partei der alten Koalition und Mit-Urheber der Schnapsidee – ruderte hastig zurück. Sie ließ im Seegebiet Transparente aufhängen, in denen sie der Bevölkerung versicherte, dass sie „Die Kleingärten erhalten!“ wolle. Die Mörfelder nahmen's kopfschüttelnd zur Kenntnis. Mit dem gleichzeitig angeschobenen Bauprojekt „Walldorf Süd-Ost“ war es auch nicht weit her. Ein Umweltgutachten machte jetzt dem Plan den Garaus. Der Bürgermeister und seine grün-schwarze Koalition zogen die einzig mögliche Schlussfolgerung: Das Ergebnis der Umweltprüfung ist der „Todesstoß“ für diese widersinnige Planung. So weit – so gut. Aber die arg gerupfte und geschrumpfte alte Koalition gibt noch nicht auf. Haben da alte Wahlkampf-Sponsoren noch mal Druck gemacht? Voran die FDP-Fraktion. Sie stellte gemeinsam mit den halbierten Freien Wählern diesen Antrag:

„Das zur Neuaufstellung des RegFNP angemeldete Baugebiet südöstlich von Walldorf mit einer Größenordnung von 20,3 ha zwischen Riedbahn und Bundesstraße 44 wird zunächst auf ein Baugebiet in einer Größenordnung von bis zu 5 ha reduziert.“ Zunächst (!). Die Salami-Taktik ist klar erkennbar.

Unterstützt wurde der Antrag vor allem von der SPD, der man ja schon seit längerem eine gewisse Nähe zur Bauwirtschaft nachsagt.

(Fortsetzung auf Seite 3)

(Fortsetzung von Seite 1)

spät und unzureichend informiert. Die Stadt lässt sich hier, schlicht gesagt, über den Tisch ziehen. Denn im Grunde läuft das geplante Geschäft auf einen einfachen Sachverhalt hinaus:

Es wird erneut Baugelände aus öffentlichem Eigentum zu einem Schleuderpreis verschenkt. Im Gegenzug wird ohne Not eine „Schrottimmobilie“ zu einem weit überzogenen Preis angekauft.

Was wäre vernünftig?

Vernünftig wäre, dass die Stadt Eigentümerin des Grundstücks Parkstraße 35-41 bleibt und die auf dem Grundstück stehenden Wohngebäude übernimmt. Das wäre ein handfester Vorteil für die Stadt, denn das Nachbargrundstück (Feuerwehr) ist ebenfalls städtisches Eigentum. Wenn die Feuerwehr ihr neues Gerätehaus bezieht, könnte die Stadt auf dem Gesamtgelände in eigener Regie den Bau bezahlbarer Mietwohnungen betreiben. Ebenso vernünftig wäre, dass die „Aufbauten“ am Dalles zu städtischem Eigentum werden – aber nicht zu dem genannten Preis. Es gilt, den Treffpunkt am Dalles zu erhalten.

Der Dalles ist das Herz von Mörfelden und stadtbildprägend. Leider gab es

in den letzten Jahren (Nähe Westendstraße, Steinweg, Bahnhofstraße) einen Wildwuchs von Umbauten ohne ein planerisches Gesamtkonzept. Schreiende Reklametafeln anstatt durchdachter Gestaltung. Eine ungute Entwicklung, die man stoppen und möglichst rückgängig machen sollte. Der gesamte Platz ist ein beliebter Treffpunkt. Dieser Charakter sollte unbedingt erhalten bleiben. Neue Bauvorhaben an diesem Platz müssen gründlich diskutiert und gut überlegt werden. Wohnungsbau gehört in öffentliche Hand. Eine städtische Wohnungsbaugesellschaft ist notwendig.

In den vergangenen Jahren haben wir

mehrfach angeregt und beantragt, dass die Stadt ihren Wohnungs- und Grundstücksbestand in eine eigene Wohnungsbau- und -verwaltungsgesellschaft einbringen soll, um bessere Möglichkeiten zu haben, in eigener Verantwortung bezahlbaren Wohnraum zu erhalten und zu entwickeln. Mit dem jetzt beschlossenen Vorgehen wird – einmal mehr hinter verschlossenen Türen – das Gegenteil betrieben.

Die von den Parteien der Grün-Schwarzen Koalition vor der Wahl angekündigte Transparenz und Bürgernähe stellen wir uns anders vor.



Das Grundstück Parkstraße 35-41 soll an den Eigentümer der daraufstehenden Wohnhäuser verkauft werden. Vernünftig wäre, dass es die Stadt behält und die Gebäude übernimmt.

Bittere Auswirkungen auf die Natur Bodenversiegelung beim Bau des Aldi-Logistikzentrums

Beim Bau des neuen Kühl-Hochregallagers von Aldi würde eine große Fläche Natur (ca. 6 ha) versiegelt werden. Das hat sowohl für die Natur als auch für das Klima negative Auswirkungen. Durch Bodenversiegelung wird massiv in den Grundwasserkörper eingegriffen. Das Niederschlagswasser wird entweder in den Kanal oder einen Vorfluter abgeleitet. Dadurch geht es für die Fläche verloren. So gelangt es nicht mehr durch Versickerung in das Grundwasser wodurch der Grundwasserspiegel weiter fallen wird. Ebenfalls wird der Gasaustausch von Boden und Luft gehemmt. Diese Eingriffe auf den Bodenwasser- und Gaskreislauf haben negative Folgen auf die Flora und den mikrobielle Nährstoffwechsel in Boden. Dazu wird es durch die Beton- und Asphaltflächen zur Erwärmungen der Luft in dem Bereich

kommen. Ein weiteres Problem ist die Tatsache, dass die Kiesgrube, die sich früher auf dem Gelände befand, nach Aussagen von Zeitzeugen mit allerlei Dreck aufgefüllt wurde. Darunter U-Bahn-Aushub aus Frankfurt, Abfall

der früheren US-Air Base (unter anderem größere Mengen von Alt-Batterien), und sogar von Autowracks ist die Rede. Ob nun gebaut oder aufgeforschet wird – dieser Boden muss so oder so zuerst einmal genau untersucht und ggf. saniert werden.

Wie dem auch immer sei - wir sagen: Aufforstung statt Flächenversiegelung.



Nach dem Willen der Grün-Schwarzen Koalition soll sich hier bald Aldi ausbreiten. Aufforstung wäre vernünftiger, angesichts der immensen Schäden, die unser Wald erlitten hat.

Katastrophenpläne weiter unzureichend

Die aktuellen Flutkatastrophen und Unwetterereignisse mit massiven Überschwemmungen und ihren Folgen haben viele Menschen nicht für möglich gehalten. Die Meldungen von Todesopfern, vermissten und verletzten Menschen und die Bilder von zerstörten Häusern und ganzen Stadtteilen lassen keinen kalt. Auch in unserer Stadt sind die Menschen bestürzt und beunruhigt. Meteorologen prognostizieren weitere und häufigere Starkregenereignisse, Sturm und Unwettervorkommen. Der Klimawandel schreitet beschleunigt voran, viele spüren: es ist Zeit zum Umdenken. Viele Einwohner*innen unserer Stadt fragen nach Plänen und Maßnahmen bei solchen Starkregen- und Unwetterereignissen. Auch hier gab es in den vergangenen Jahren mehrmals Unwetter mit Starkregen, Hochwasser, Stürmen und einer Fallbö, die erhebliche Sturm- und Wasserschäden zur Folge hatten. Die Unwetter hatten in unserer Stadt bei Weitem nicht so dramatische Auswirkungen wie aktuell in NRW,

Rheinland-Pfalz und anderen Bundesländern. Es gab dennoch erhebliche Sachschäden wie abgedeckte Dächer, vollgelaufene Keller, zerstörte Heizungsanlagen, Elektrogeräte und Hausrat. Gerade der Stadtteil Mörfelden war immer wieder von Hochwasser nach Starkregen betroffen. Verantwortlich dafür ist sicher vorrangig die Zunahme versiegelter Flächen im Stadtgebiet und unzureichende Aufnahmefähigkeit des Kanalsystems. Aber auch die nahegelegenen Bäche wie Gerätsbach, Hegbach, Wurzelbach, Apfelbach und die mit Wasser gefüllten Gräben (See-graben, Kirchnerseckgraben) können in kurzer Zeit überlaufen und große Flächen überschwemmen. Vor allem die südlichen Stadtteile von Mörfelden waren davon immer wieder betroffen. Auch der Gundbach in Walldorf hat schon für Hochwasser und Überschwemmungen gesorgt. Das Wasser hatte am Ortseingang nahe der Feuerwehr gestanden und das ehemalige Klärwerk überflutet. Wir haben dazu eine umfassende Anfrage gestellt.



Der Dalles unter Wasser - in Zukunft ein häufiger Anblick? Hier besteht Handlungsbedarf.

(Fortsetzung von Seite 1)

Zur Begründung zogen FDP und FW, wie man das in neoliberalen Kreisen so macht, vor allem juristische Register: „Die genannten nachteiligen Umweltauswirkungen können vorrangig mittels einer Reduzierung des Flächenverbrauchs und der Lenkung der Flächeninanspruchnahme auf Flächen mit geringerem Funktionserfüllungsgrad minimiert werden. Hier ist möglichst der Erhalt einer durchgehenden Biotopvernetzung durch vorhandene Gehölzstrukturen in Ost-West-Richtungen zu nennen.“ Wir wissen nicht, ob Natur und Klima dieses Rechtsverdreher-Deutsch verstehen und Wohlverhalten zeigen würden, wenn hier doch noch gebaut werden sollte. Wir raten aber dringend dazu, die Finger davon zu lassen. Dieser Einstellung folgte auch die grün-schwarze Koalition, so dass der Antrag mehrheitlich abgelehnt wurde.

Elektroschrott für MöWa?

Wenn es nach dem Willen der gesamten Stadtverordnetenversammlung mit Ausnahme der DKP/LL geht, könnte auch bald bei uns ein Verleih für Elektroroller im Stadtgebiet an mehreren Standorten eingerichtet werden. Ein windiges Unternehmen trat unlängst an den Bürgermeister heran und stellte sein Absatzmodell vor. Von diesem sind der Stadtverordnetenversammlung noch keine Details bekannt. Trotzdem stimmte fast das gesamte Parlament für einen „Prüfantrag“ zur möglichen Einführung dieser rollenden Umweltsünde. Denn die Roller sind aufgrund ihrer aufwendigen Produktionsweise und geringen Lebensdauer kein nachhaltiges Fortbewegungsmittel. Der Einwand der DKP/LL Fraktion (Zitat Tim Beyermann: „hat eigentlich schon mal jemand an Bike-Sharing Angebote gedacht?“) wurde von der SPD abgebugelt. Sie möchte auch gerne Elektroräder prüfen lassen.

Wenn Wahlen etwas ändern würden...

Zu den Ergebnissen der Bundestagswahl sagte Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP:

Die Ergebnisse der Bundestagswahlen werden zu Verhandlungen zwischen SPD, CDU, Grünen und FDP führen. Mit großer Wahrscheinlichkeit wird die Große Koalition nicht fortgeführt, alle anderen Konstellationen aus dem Lager dieser vier Parteien sind denkbar.

Alle diese Konstellationen stehen für eine Bundesregierung der wachsenden Aggression nach Innen und Außen. Alle diese Parteien haben sich in unterschiedlichen Nuancen für den NATO-Kriegskurs und die Militarisierung der EU, für den Kurs gegen Russland und China ausgesprochen. Alle diese Parteien stehen für scharfe Angriffe auf die demokratischen und sozialen Rechte der Menschen in diesem Land. Diese Angriffe werden sich nach den Wahlen verschärfen. Die Begründungen werden unterschiedlich sein. Die einen werden die Angriffe mehr, die anderen weniger mit der Rettung der Umwelt begründen. Über ein Konzept zur tatsächlichen Verbesserung der ökologischen Situation verfügen sie alle nicht, da sie nicht in die kapitalistische Profitmacherei oder gar die Eigentumsver-

hältnisse eingreifen wollen.

Die Perspektive für die Arbeiter- und Friedensbewegung wird auch nach diesen Bundestagswahlen heißen: „Lasst uns den Weg des Widerstands gehen“. Das Abschneiden der Linkspartei ist bitter und kein Grund zur Häme oder gar Freude. Aber dieses Abschneiden ist das Ergebnis eines Wahlkampfes, in dem „Die Linke“ deutlich gemacht hat, dass sie bereit ist, für das Mitregieren alles über Bord zu werfen. Die Erfahrung mit der Linkspartei dort, wo sie sich an Regierungen beteiligt, zeigt, dass sie sich kaum noch von der traditionellen Sozialdemokratie unterscheidet.

Trotz gestiegener Wahlbeteiligung stellen die Nichtwählerinnen und -wähler ein knappes Viertel der Wahlberechtigten, sie bleiben damit stärkste „Partei“. Der Stimmenanteil der sogenannten „Sonstigen“ ist mit weit über 8 Prozent auf einem Höchststand, zusammen mit den Nichtwählern finden sich damit weit über 30 Prozent der Wahlberechtigten nicht im Bundestag wieder.

Das Abschneiden der DKP ist mit leichten Zugewinnen gegenüber der Bundestagswahl 2017 nicht zufriedenstellend. Die DKP ist zu schwach, um sich den Menschen, die nach Al-

ternativen suchen, als solche zu präsentieren. Trotzdem hat sich unser Wahlkampf gelohnt. Er hat die Partei und ihre Inhalte in hohem Maße nach außen geführt und gestärkt. Die DKP war in diesem insgesamt auf Kriegshetze ausgerichteten Wahlkampf die einzige Partei, die konsequent für Friedenspositionen geworben hat. Wir konnten Bekanntheit, Umfeld, neue Mitglieder und neue Aktivistinnen und Aktivisten gewinnen.

Wir bedanken uns bei unseren Wählerinnen und Wählern, bei unseren Kandidatinnen und Kandidaten und Genossinnen und Genossen, die im Wahlkampf waren. Wir wählen weiter den Weg des Widerstands. Das ist jetzt notwendiger denn je: Für Frieden mit Russland und China. Gegen sozialen Kahlschlag und Demokratieabbau. Die Perspektive für Mensch und Natur ist nicht der Kapitalismus.



Erholungswald statt Verlustwirtschaft

Hessenforst ist ein landeseigenes Unternehmen. Es wurde gegründet, um den Landeshaushalt zu entlasten. Es befördert den landeseigenen Wald. Darüber hinaus auch den Wald vieler Kommunen. Das Unternehmen finanzierte sich hauptsächlich aus dem Holzverkauf. Und weil Hessenforst „sich rechnen muss“, wurde Personal abgebaut, die Förstereien wurde zusammengelegt bzw. vergrößert. Das hat zur Folge, dass dem Waldbestand nicht mehr die Aufmerksamkeit gewidmet wird wie vorher. Das rächt sich jetzt, da die Waldarbeiten wegen Windwurf und Trockenheit an Umfang beträchtlich zu-

genommen haben. Unser städt. Wald wird also von Hessenforst befördert. Sie stellt jährlich einen Waldwirtschaftsplan auf und lässt ihn von Magistrat und Stadtverordnetenversammlung bestätigen. (Schon der Ausdruck Wirtschaftspläne heißt: möglichst Gewinn erwirtschaften.) Gewinn wird allerdings mit unserem Wald seit Jahren nicht generiert. Außerdem legt Hessenforst jährlich einen Waldzustandsbericht vor. Früher hieß er Waldschadensbericht. Aber weil das negativ klingt, wurde der Name geändert. Unser Wald soll hauptsächlich Erholungswald sein und seinen Beitrag zur Luftreinhaltung im Rhein-

Main-Gebiet leisten. Unser Wald ist gestresst durch Schadstoffbelastung aus Verkehr und Industrie, außerdem durch die Inanspruchnahme für Verkehrseinrichtungen - Autobahn, Flughafen, Bundesbahn (hunderte Hektar Wald fallen allein der Schnellbahn Frankfurt-Mannheim zum Opfer). Was wäre die Lösung? Die Beförderung unseres Waldes übernimmt die Stadt selbst. (Übrigens, die Stadt Rüsselsheim tut das seit Jahren.) Wer sich selbst um sein Eigentum kümmert, tut das intensiver und verantwortungsvoller. Die Einbeziehung der Bürger in die Waldpflege wäre eher möglich, notwendig ist sie allemal. Der Anfang dafür ist gemacht, weitere Mitstreiter und -helfer werden gesucht.

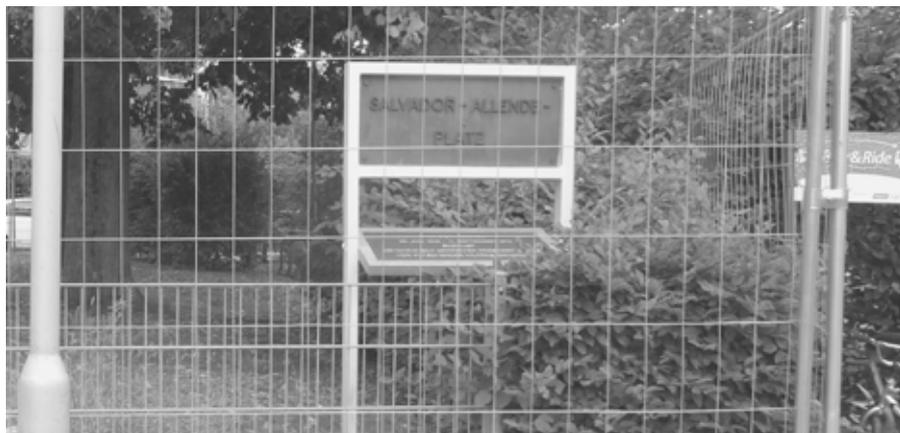
Mit Aussperrungen für ein „soziales Miteinander“?

Aus einer Pressemitteilung der Stadt: „Damit das Quartier Mörfelden-Nordwest attraktiver wird, nimmt die Stadt an dem Förderprogramm Sozialer Zusammenhalt teil. Neben baulichen Maßnahmen soll auch eine verstärkte Gemeinwesenarbeit mehr Lebensqualität in das Gebiet rund um den Tizian-Platz bringen. Dabei geht es vor allem um die Förderung des kulturellen Lebens und des sozialen Miteinanders sowie darum, das Gemeinschaftsgefühl im Quartier Nordwest zu stärken.“ Denn: „Ein sozialer Zusammenhalt gelingt nur, wenn sich viele Anwohner:innen beteiligen.“

Schöne Worte! Die Wirklichkeit sieht aber anders aus. Die einzige „bauliche Maßnahme“, die man bisher sehen kann, ist ein massiver Bauzaun rund um den Allendeplatz. Was wird hier gebaut? Auskunft aus dem Rathaus: Gar nichts. Der Zaun ist nur dazu da, gewisse unerwünschte Mitbürger von diesem Platz fernzuhalten. Soviel zur „Gemeinwesenarbeit“, zum „sozialen Miteinander“, und zum „sozialen Zusammenhalt.“ Na, dann ist die Welt ja

in Ordnung. Schon der französische Literatur-Nobelpreisträger Anatole France (1844-1924) bemerkte: „Das Gesetz in seiner majestätischen Gleichheit verbietet den Reichen wie den Armen, unter den Brücken zu schlafen, auf den Straßen zu betteln und Brot zu stehlen.“ Das Geld für diese Art von „kulturellem Leben“ und „Gemeinschaftsgefühl“ kommt wieder mal von einem sog. „Förderprogramm“ (siehe Beitrag „Wurstschnappen für

Erwachsene“): Insgesamt sollen dort bis zum Jahr 2027 jährlich 20.000 Euro für Projekte von Bewohner*innen des Quartiers zur Verfügung stehen. Der Zuschuss durch den Bund und das Land Hessen beträgt 13.200 Euro (etwas über 66 Prozent), der Eigenanteil der Stadt 6.800 Euro (knapp 34 Prozent). Das kann ja nur gut werden. Dann wird demnächst wohl das ganze Gebiet eingezäunt, und man muss neben einem Impfpass auch noch einen Wohnungsnachweis und die Kontoauszüge vorweisen, wenn man das sozial zusammengehaltene „Quartier Mörfelden-Nordwest“ betreten will.



Ein massiver Bauzaun versperrt Parkbesucher*innen den Zugang zum Allendeplatz. Es wird aber nicht gebaut. Dem Vernehmen nach sollen damit unerwünschte Mitbürger*innen vom Platz ferngehalten werden. Auch die Gedenkplakette für Salvador Allende verschwindet hinter Gittern.

Wenn der Zeitgeist klingelt, oder: Wurstschnappen für Erwachsene

Es ist mal wieder soweit: Irgendwer im Ministerium hat eine Idee gehabt, und es wurden „Fördergelder“ ausgelobt. Diesmal heißt die Schnapsidee „Zukunft Innenstadt“ (nicht zu verwechseln mit „soziale Stadt“ oder „aktive Kernbereiche“). Von Kindergeburtstagen älterer Generationen kennt man das Spiel. Damals hieß es „Wurstschnappen“. Die Internetseite „party-tips“ erklärt es so: „Ein Seilende wird entweder an einem Haken an der Wand oder an einem Ast von einem Baum befestigt. An der Schnur befestigt man jetzt das Würstchen, das von einem Kind mit dem Mund ohne Zuhilfenahme der Hände gefangen werden muss. Dies wird dadurch erschwert, dass man das Würstchen durch Schwingen der Schnur

hüpfen lässt. So darf ein Kind nach dem anderen sein Glück versuchen.“

Genauso funktioniert heute die Finanzierung von Städten und Gemeinden. Man muss nur „Würstchen“ durch „Fördergelder“ ersetzen, „Kind“ durch „Stadt/Gemeinde“, und das Schwingen der Schnur besorgt die Wiesbadener Ministerialbürokratie durch Ausdünnen der Gemeindefinanzierung. Jetzt hat die Stadt Mörfelden-Walldorf ein Würstchen im Wert von € 93.000 geschnappt. Das Kind ist überglücklich: „Wir freuen uns über die Förderung und sehen darin eine tolle Chance, die Innenstädte in Mörfelden und Walldorf zu beleben“ teilten Thomas Winkler und Karsten Groß in der Presse mit. Und: „Das Gute ist, dass die Stadt lediglich 15%

der Summe dazugeben muß.“ Und was fangen die beiden Glückskinder jetzt mit dem geschnappten Würstchen an? „Wir möchten neues Leben in die Innenstädte bringen und so auch den Einzelhandel sowie die Gastronomie stärken.“ Und wie soll das geschehen? Nun ja, der derzeitige Zeitgeist hat's mit der „Möblierung öffentlicher Plätze“, was uns schon einige im Weg herumstehende Sitz- und Turngeräte eingebracht hat. Davon gibt's jetzt noch mehr: „Dabei geht es grundsätzlich darum, öffentliche Plätze zeitweise mit Stadtmobiliar zu bestücken und den Plätzen so einen neuen Charakter zu verleihen.“ Und weiter: „Angedacht ist ein urbanes Wohnzimmer mit flexibel aufgestellten Sitzgelegenheiten, Tischen und atmosphärischer Beleuchtung. In das Wohnzimmer unter freiem Himmel könnte dann auch zu Veranstaltungen eingeladen werden“. Ist das nicht großartig?



Auf der Straße für eine bessere Welt: *Fridays for Future*

Am 24.09. waren wir mit Fridays for Future und 19.000 Menschen in Frankfurt auf der Straße, um auf das seit Jahren mangelnde Handeln der Herrschenden zur Klimakrise aufmerksam zu machen.

In Deutschland werden immer noch Wälder für Autobahnen abgeholzt, der Ausbau des ÖPNV vernachlässigt, und die Ziele des Pariser Klimaabkommens werden nicht eingehalten. Wir diskutieren über Elektroautos und Tempolimits auf Autobahnen und nicht um die ungebremst voranschreitende Flächenversiegelung in unseren Kommunen.

Antikriegstag

Am 1. September sind wir zum Antikriegstag durch die Straßen Frankfurts gezogen, denn wir wollen keine Rüstungsexporte, wir wollen keine Militärübungen an den Grenzen Russlands, wir wollen keine US-Atomwaffen im Land und wir wollen nicht, dass auf deutschem Boden in Ami-Stützpunkten Raketen- und Drohnenangriffe in

Syrien, Afghanistan und anderswo gesteuert werden.

Wir fordern den Ausbau des Öffentlichen Personenverkehrs und die Vergesellschaftung der Energiekonzerne. Diese Bereiche müssen dem freien Markt entzogen werden, denn die Besitzer und Aktionäre scheren sich einen Dreck um unsere Gesundheit und die des Planeten.

Dabei dürfen die Folgen der Klimakrise auf keinen Fall auf die arbeitenden Menschen abgewälzt werden.

Der von den Grünen hoch gelobten CO₂-Steuer ist es nämlich egal, ob man Heizöl kauft oder seinen Sportflieger betankt. Vor der Steuer sind sozusagen „alle gleich“. Dabei wird ignoriert, dass das reichste „1%“ der Weltbevölkerung für die Hälfte der Treibhausgase verantwortlich ist. Insbesondere machten wir auf die Kriegstreiber Diehl und die Deutsche Bank aufmerksam, welche zahlreiche Standorte im Rhein-Main-Gebiet haben, von denen aus sie Kriegsgeräte bauen oder finanzieren. Die Deutsche Bank schreckt dabei nicht davor



Die Stadtverordneten der DKP/LL Fiona und Tim Beyermann am Stand der SDAJ auf dem Römerberg

zurück, völkerrechtswidrige Streubomben zu finanzieren; unterdessen stellt Diehl Teile für Kampfflugzeuge her. Dabei profitieren beide Konzerne schon seit der Zeit des deutschen Faschismus, denn schon das Dritte Reich profitierte von Krediten der Deutschen Bank, während die Nazis Sklavenarbeit in Betrieben von Diehl ermöglichten.

Wir sagen:

Umweltschutz geht nur sozial. Die Kosten müssen von denen gezahlt werden, die uns und unseren Planeten ausbeuten!



Zahlreiche Aktivist*innen der SDAJ forderten das Ende militärischer Auslandseinsätze und den Stopp von Rüstungsexporten.

Gleis 4

**Der Jugendtreff
im KuBa**



Am 15. Oktober ab 18:00 Uhr

Die Läden machen endlich wieder auf und auch das Team vom Kulturbahnhof hat richtig Bock!

Also kommt zum Jugendtreff in den KuBa:

Es warten free Wifi, Spotify Premium und günstige Getränke (ab 2€). Oder ihr sagt uns einfach, was eurer Meinung nach im KuBa abgehen sollte und plant den nächsten Abend mit uns zusammen.

KEINE WEITERE FLUGHAFENERWEITERUNG



Kurzstreckenflüge untersagen

Aus einem Aufruf von 54 Organisationen und Bürgerinitiativen:

Luftverkehr ist mit Abstand die umweltschädlichste Art der Fortbewegung und trägt neben dem Fluglärm in besonderer Weise massiv zur weltweiten Belastung der Atmosphäre durch CO₂, Stickoxide, Feinstaub und andere Schadstoffe bei.

Inlandsflüge sind laut Umweltbundesamt im Schnitt siebenmal klimaschädlicher, als würde die Strecke mit dem Zug zurückgelegt werden.

Kurzstreckenflüge sind die überflüssigsten und am einfachsten zu ersetzenden Flüge.

Für die meisten Flüge im Inland und ins nahe Ausland gibt es Alternativen der Bahn, die genauso schnell, billiger und bequemer sind.

Kurzstreckenflüge dürfen nicht mehr genehmigungsfähig sein

Viele Firmen und Verwaltungen gestatten ihren Mitarbeiter*innen keine Flüge unter 600 km. Das ist vernünftig, aber es genügt nicht. Die Luftverkehrswirtschaft wehrt sich mit Händen und Füßen dagegen, Kurzstreckenflüge flächendeckend einzustellen. Regulierungen sind deshalb unverzichtbar, denn der Klimawandel



Vor 40 Jahren Hüttendorfräumung

Veranstaltungen

Sonntag, 31. Oktober 2021, 15 Uhr

Eröffnung Fotoausstellung

Bilder: Dietmar Treber, Klaus Malorny, Walter Keber u.a.

KuBa Mörfelden, Bahnhofstraße 38

Dienstag, 2. November 2021, 18 Uhr

Waldspaziergang

Treffpunkt SKG, Walldorf

Mittwoch, 3. November 2021, 20 Uhr

„Fesseln spürt - wer sich bewegt“

Film von Thomas Carleè

Filmvorführung im Kino Lichtblick

Donnerstag, 4. November 2021, 20 Uhr

Diskussion

„Aus der Geschichte lernen“

mit Rudi Hechler, Dr. Michael Wilk, Knut Dörfel und Monika Wolf.

Moderation: Rolf Engelke

KuBa Mörfelden, Bahnhofstraße 38

Freitag, 5. November 2021, 18 Uhr

Demonstration, Flughafen, Terminal 1

Mit: Knut Dörfel, Dr. Michael Wilk u.a.

Samstag, 6. November 2021, 18 Uhr

Konzert „Besseres Klima - Statt Flughafenausbau!“

mit Siggli Liersch, Harald Pons, Steve Collins.

Neue Evangelische Kirche Walldorf

Sonntag, 7. November 2021, 15 Uhr

Gottesdienst an der Hüttendorf-Kirche

mit Pfarrer Jochen Mühl

Hüttendorf-Kirche Mörfelden)

Dienstag, 9. November 2021,

17.45 und 20.15 Uhr

Keine Startbahn West - Eine Region wehrt sich!

Kinofilm von Thomas Frickel u.a.

Kommunales Kino Groß-Gerau, im Lichtspielhaus Mittelstraße 2

wartet nicht auf späte Einsichten. Frankreich hat es vorgemacht und zumindest schon einmal Flüge zu Städten verboten, die in 2,5 Stunden mit der Bahn erreicht werden können.

Der französische Bürgerkonvent für das Klima und Umweltschützerinnen und Umweltschützer hatten vier

Stunden gefordert, die politische Entscheidung ist ein Anfang. Da sich die Luftverkehrswirtschaft beim freiwilligen Verzicht auf Kurzstreckenflüge mehr als schwer tut, aber die Klimafrage entschlossenes Handeln dringend benötigt, fordern wir:
Kurzstreckenflüge untersagen!

Stadtgeschichten



Seit 1999 ist Mörfelden-Walldorf mit der italienischen Stadt Torre Pellice verschwistert. Kontakte zwischen der Gemeinde Walldorf und der „Hauptstadt der Waldenser“ bestanden aber schon früher. Nach der Gründung von Walldorf durch die Ansiedlung von 14 Waldensern im Jahr 1699 riss der Kontakt mit der alten Heimat nie ab. Schon 1833 reiste der Pfarrer und Schriftsteller Jean-Baptiste Muston durch Deutschland, unter anderem, um einige Waldensergemeinden und seinen Freund Georg Büchner in Darmstadt zu besuchen. Über Walldorf schrieb er damals: „Walldorf erschien mir trübselig“. In wesentlich besserer Erinnerung hatte aber Giorgio Cotta-Morandini, Bürgermeister von Torre Pellice, seinen Besuch in Walldorf im Jahr 1966. Vorausgegangen war im gleichen Jahr eine Reise von Walldorfs Bürgermeister Christian Zwilling und Stadtoberamtmann Wilhelm Jourdan nach Torre Pellice, bei der ein Gegenbesuch in Walldorf vereinbart wurde. „Wir müssen uns sehr anstrengen, in Walldorf soviel Höflichkeit zusammenzubringen, wie sie uns in Norditalien entgegengebracht wurde“, sagte Christian Zwilling damals der Presse. Im September 1966 war es dann soweit: Bürgermeister Giorgio Cotta-Morandini besuchte Walldorf und trug sich in das Gästebuch der Stadt ein. Unser Bild zeigt Giorgio Cotta-Morandini (Partito Socialdemocratico, PSDI), Bürgermeister von Torre Pellice (Mitte), und Christian Zwilling (SPD), Bürgermeister von Walldorf (rechts). Links sehen wir Katja Zwilling, gerade „frisch verheiratet“ mit Robert Zwilling. Sie hatte in Italien studiert und das Ehepaar hatte ein Haus in Angrogna bei Torre Pellice. Katja Zwilling dolmetschte bei dem Treffen.



Der KuBa plant wieder Veranstaltungen für euch!
Haltet die Ohren offen und schaut mal online vorbei unter:

kuba-moerfelden.de



dkp-mw.de



[@dkpmoewa](https://www.instagram.com/dkpmoewa)



[/DKPLinkeListe](https://www.facebook.com/DKPLinkeListe)



[youtube.com/sdajtv](https://www.youtube.com/sdajtv)

Mehr Infos...



Unser Lexikon

Schbrisch
Die wo der
doodgeschloue
hot, die lääwe
all noch.